



Fürther CSU begrüßt Bundesverteidigungsministerin von der Leyen beim traditionellen Neujahrsempfang

Die Fürther CSU hat Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen bei ihrem traditionellen Neujahrsempfang begrüßt. Rund 600 Gäste aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft waren ins Autozentrum Fürth Graf gekommen, um die prominente



Bundesminister Schmidt, Bundesverteidigungsministerin von der Leyen, Wilhelm Graf und Paul Bosch, Autozentrum Fürth Graf

Festrednerin zu sehen. Nach Eröffnung des Abends durch den Kreisvorsitzenden der Fürther CSU Dr. Michael Au, Grußworten von Bundesminister Christian Schmidt MdB und Hausherrn Wilhelm Graf, sprach Bundesverteidigungsministerin von der Leyen über den blutigen Kampf des Islamischen Staates und die Ukraine-Krise und hielt ein flammendes Plädoyer für Freiheit und Demokratie. Gerade in einer Zeit, in der „der „Islamische Staat“ in Syrien wie Irak mit großer Brutalität mordet und der russische Präsident Wladimir Putin in der Ukraine zu einer Machtpolitik aus längst vergangen geglaubten Zeiten zurückkehrt, muss Deutschland aus der Mitte führen, gemeinsam mit den Verbündeten denken und handeln“, betonte von der Leyen. Die Ukraine habe wie jeder andere Staat auch das Recht,

frei zu entscheiden, mit wem sie Handel und Wandel treiben will. Auch wenn der Kreml Waffen und Soldaten in die Ukraine schicke, „wir müssen im 21. Jahrhundert mit anderen Mitteln antworten.“ Deshalb setze die Europäische Union auf politischen und wirtschaftlichen Druck gegen den Kreml und auf der anderen Seite Unterstützung für die Ukraine. „Aber Waffenlieferungen bergen die Gefahr, dass wir in eine Eskalationsspirale geraten, die wir nicht mehr beherrschen können“, so die Verteidigungspolitikerin weiter. „Der Gesprächskanal zu Russland ist offen und solange das so ist, müssen wir alle diplomatischen Mittel ausschöpfen.“



Bundesminister Schmidt, Bundesverteidigungsministerin von der Leyen, Kreisvorsitzender Dr. Au, Fraktionschef Helm und Landtagsabgeordnete Gутtenberger.

Der „Islamische Staat“ habe dagegen jegliche Gespräche abgelehnt. Die Unterstützung der Kurden mit Waffen sehe sie in diesem Fall als gerechtfertigt an, denn während der Nachschub an Waffen von Russland in die Ukraine unerschöpflich sei, sei das Arsenal des IS begrenzt. Zum Abschluss betonte von der Leyen: „Die großen Errungenschaften des Westens sind Meinungs-, Religionsfreiheit, Toleranz. Diese Merkmale unserer Demokratie müssen wir verteidigen.“

Am Ende der Reden dankten Petra Gутtenberger MdL und Fraktionschef Dietmar Helm allen Beteiligten für ihr Kommen und überreichten der Bundesministerin und Hausherrn Wilhelm Graf ein Geschenk. NK



Fotos: NK

Liebe Fürtherinnen und Fürther,

vor einem Jahr befanden wir uns noch mitten im Kommunalwahlkampf. Nun, ein Jahr später, hat sich die Fürther CSU sehr gut aufgestellt, Schwerpunkte gesetzt und bereits Erfolge verbucht. So hat der Stadtrat auf Initiative der CSU beschlossen, die Grundlagen für die Einführung der Ehrenamtskarte zu schaffen. In diesem Jahr soll es nun endlich soweit sein. Damit stärken wir das Ehrenamt und verschaffen ihm wieder mehr gesellschaftliche Anerkennung.



Bald wird der erste Abschnitt des neuen Einkaufsschwerpunktes „Neue Mitte“ eröffnet. Wir hoffen, dass viele Menschen in die Stadt kommen, von Fürth begeistert sind und wieder kommen. Doch das werden sie nur tun, wenn das attraktive Einkaufsziel auch ausreichend und gut erreichbare Parkplätze bietet. Lange hat die CSU für ein Dynamisches Verkehrs- und Parkleitsystem gekämpft. Jetzt endlich soll auch dieses kommen.

Wir werden auch künftig unserem Kurs „mehr Freiheit, weniger Bürokratie“ treu bleiben.

Ihr Dr. Michael Au
Kreisvorsitzender



Lob & Kritik

Lob gab es für:

- Die neue Baumschutzverordnung
- Unsere Unterstützung für das Stadelner Hallenbad
- Die Einführung eines Verkehrs- und Parkleitsystems
- Unsere Ablehnung der Zweckentfremdungssatzung

Kritisch angemerkt wurde:

- Unsere Zustimmung zum Kinobau

Dynamisches Verkehrs- und Parkleitsystem kommt

In 2015 wird der neue Einkaufsschwerpunkt fertig und eingeweiht. Lange haben wir darauf hingearbeitet. Für den verbliebenen innerstädtischen Handel geht eine extrem schwierige Zeit zu Ende. Mit großer Freude sehen wir diesem Ereignis entgegen. Ein Ereignis, das es so in Fürth nicht oft gegeben hat, und sicher auch nicht oft geben wird. Eine einmalige Chance!

Diese müssen wir nicht nur erkennen, sondern auch nutzen. Es werden hoffentlich viele Menschen in die Stadt kommen, auch aus den Nachbarstädten und dem Umland. Sie werden neugierig sein, was in Fürth entstanden ist. Damit sie wieder kommen, brauchen wir gut erreichbare Parkplätze. Und ganz wichtig: Die Menschen müssen die Parkplätze auch finden! Deshalb hat die CSU-Fraktion zu den Haus-

haltsberatungen die Einführung eines Dynamischen Verkehrs- und Parkleitsystems beantragt. Unverständlicherweise hat die SPD-Mehrheitsfraktion dies im Dezember abgelehnt. Chance weder erkannt noch genutzt! In der Stadtratssitzung im Januar wurde die Einführung in 2015 dann aber mit großer Mehrheit beschlossen. Darüber freuen wir uns als CSU-Fraktion sehr. Chance wenigstens im zweiten Anlauf erkannt. Allerdings stellt sich aber schon die Frage, ob die Mehrheitsfraktion ihre politische Mehrheit verantwortlich nutzt, wenn sie Entscheidungen für eine sinnvolle Stadtentwicklung offenbar aus politischen Gründen ablehnt. Das wichtige Vorhaben ist so leider nicht im Haushalt verankert und dargestellt wie es eigentlich sein sollte.

Für uns zählt im Nachhinein aber die Umsetzung der Maßnahme, und dass ein weiteres unserer Versprechen und Anliegen aus dem Wahlkampf realisiert wird. Es wäre auch einfacher und strukturierter möglich gewesen. Ein

Punkt der hier natürlich auch genannt werden muss, ist das kostenlose Parken in der ersten Stunde. Für die Einzelhändler eine eminent wichtige Unterstützung und eine Förderung der Einkaufsstadt Fürth. Diese Chance hat die Mehrheitsfraktion bisher nicht erkannt. Hier bleiben wir am Ball und setzen auf Zeit. Einsicht dauert oftmals etwas länger. DH



Foto: ©Maik_Schwerte/PIXELIO

Gewachsenes Verkehrslärmproblem

Burgfarnbach – Da Gewerbeflächen in Fürth rar werden, war es seiner Zeit sehr zu begrüßen, dass neben der Hardhöhe das gleichnamige Gewerbegebiet entstehen konnte. Die komfortable Lage ist für die sich angesiedelten bzw. ansiedelnden Firmen äußerst attraktiv.

So konnte zum Beispiel eine für Fürth sehr bedeutende Firma wie Norma am Standort gehalten werden.

Das hierdurch bedingte Mehraufkommen des Schwerlastverkehrs war abzusehen und wurde verkehrstechnisch miteinkalkuliert. So installierte man am Kreuzungsbereich Hafestraße / Auffahrt Würzburger Straße (Richtung Landkreis) eine Ampelanlage, die für einen reibungslosen Verkehrsfluss sorgt. Nun häufen sich aber Beschwerden der Burgfarnbacher Anwohner jenseits des Main-Donau-Kanals über den zugenommenen Lärm der LKW, insbesondere beim Anfahren und Abbremsen an

besagter Ampel. Vorher war der Hauptverkehr auf der Hafestraße vorfahrtsberechtigt und konnte ohne anzuhalten – somit geräuschärmer – Richtung Südwesttangente oder Hafen durchfahren. Auf diese geänderte Lärmsituation muss reagiert werden. Sei es durch eine Lärmschutzwand, einen kleinen Erdwall oder entsprechende Bepflanzung. Wir werden prüfen, was umsetzbar ist. Max Ammon



Blick von der Kanalbrücke Würzburger Straße Richtung Burgfarnbach/Unterfarnbach. Foto: Ammon

Ortsschilder für Burgfarnbach

Auf Antrag des CSU-Ortsverbandes Burgfarnbach hat das Straßenverkehrsamt Hinweisschilder Burgfarnbach an den Einfallstraßen aufgestellt. „Es war höchste Zeit, dass der Wunsch der Burgfarnbacher, vor allem auch der Ortsburschen, erfüllt wurde“, freut sich Stadtrat Franz Stich. 90 Jahre gehöre Burgfarnbach zur Stadt Fürth. Trotzdem hätten Ortsunkundige oft nicht erkannt, dass sie sich bereits im Stadtteil



Franz Stich präsentiert stolz das Ortsschild. Foto: Klaus

befanden. „Auf den Ortstafeln fand sich seit vielen Jahren kein Hinweis mehr auf Burgfarnbach“, so Stich weiter. „Nur „Wissenschaftsstadt Fürth“, ein Titel, der auf das Engagement der CSU zurückgeht, stand darauf.“ Das sei zwar gut, aber zu wenig gewesen. „Von Fürth kommend weist am Ortseingang zwar auch die „Farnbachwelle“ des Bürgervereins – eine landschaftsgärtnerische Anlage – auf Burgfarnbach hin, aber auch das war nicht ausreichend wie sich erst unlängst wieder bestätigt hat. So musste ein ortsfremder Geistlicher beim Sonntagsgottesdienst in St. Marien ausshelfen. Trotz Navigationssystems erfuhr er erst vor Ort, dass er sich schon in Burgfarnbach befand.“ Umso mehr freut sich Franz Stich, dass nun endlich dank des Einsatzes der CSU die Burgfarnbacher-Ortsschilder stehen. Franz Stich, NK

Endlich auch auf Fürther Stadtgebiet TEMPO 80 auf Frankenschnellweg



Landtagsabgeordnete Petra Guttenberger freut sich, dass nach mehrjährigem Schriftwechsel nun endlich auch auf Fürther Stadtgebiet die Geschwindigkeitsbegrenzung von 80 km/h auf dem

Frankenschnellweg gilt. Mit dieser Lösung konnte eine Gleichbehandlung der Bürgerinnen und Bürger in Nürnberg, Fürth und Erlangen herbeigeführt werden.

„Mein ganz besonderer Dank gilt Walter Nussel, MdL, der gegen den Widerstand der Opposition im Petitionsausschuss auf einen Ortstermin bestanden hat. Gerade durch diesen Ortstermin konnten wir eine Wende in der Einschätzung durch die Staatsregierung herbeiführen. Vorort konnten wir die Vertreter der Bayerischen Obersten Baubehörde davon überzeugen, dass aufgrund der besonderen Verkehrssituation zur Ordnung des Verkehrs auch in Fürth eine Begrenzung auf 80 km/h auf dem Frankenschnellweg sinnvoll und erforderlich ist“, betont Petra Guttenberger.

Seit 1975 hat sich der Verkehr gerade in diesem Bereich verdreifacht. „Ganz besonders freue ich mich, dass durch das Ministerium in der Sitzung auf meine Nachfrage signalisiert wurde, die Schilder Anfang Februar in beiden Fahrtrichtungen entsprechend anzubringen.“

Für eine attraktive Einkaufsstadt

Der erste Abschnitt der Neuen Mitte und der Hornschuch-Center werden bald eröffnen. „Wir freuen uns, dass auch die CSU-Fraktion hierzu ihren Beitrag leisten konnte“, betont Ronald Morawski, Stadtrat und Vorsitzender der Mittelstandsunion. „Die Eröffnung ist aber nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, um Fürth als attraktive Einkaufsstadt in der Region hervorzuheben. Wir wissen, es gehört mehr dazu als ein paar neue Geschäfte, um unsere Fürther Bürger und Gäste aus nah und fern zufrieden zu stellen. Das Dynamische Verkehrs- und Parkleitsystem, das dank unserer Initiative kommen wird, ist dafür eminent wichtig.“ Damit alleine werde sich die CSU aber nicht zufrieden geben. Die Fürther Innenstadt soll auch für die zunehmende Zahl der Fahrradfahrer von allen Ortsteilen her leicht erreichbar werden. „Darüber hinaus setzen wir uns für vernünftige Haltepunkte beim Öffentlichen Personennahverkehr ein, denn auch diejenigen, die auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind oder diesen gerne nutzen, sollen die Innenstadt problemlos erreichen“, so Morawski weiter. Beim viel diskutierten Standort des Wochenmarktes werde die CSU mit größter Sorgfalt abwägen, was für die Bürger, aber auch für die Marktbesucher das beste Konzept ist. Danach werde sich die CSU entscheiden. „Leben, Arbeiten, Einkaufen, Feiern und sich dabei wohlfühlen, das ist unser Auftrag, dem wir jetzt und auch in Zukunft nachkommen werden“, so Morawski. RM



Kreisverband FÜRTH-STADT

Neuwahlen in der Jungen Union:

Florian Hauck übergibt den Vorsitz an Björn-Hendrik Otte

Führungswechsel bei der Jungen Union Fürth-Stadt. Florian Hauck hat das Amt des Vorsitzenden an Björn-Hendrik Otte abgegeben. Der Nachwuchsorganisation der Fürther CSU ist somit ein Generationenwechsel gelungen. Zu Stellvertretern des 17-Jährigen wurden Victoria Bockisch, Anja Veitz, Sven Thalmann und Tim Metzler gewählt. Das Amt des Schatzmeisters behält Michael Arnold. Neu im Vorstand ist auch Kirsten Otte, die mit Simone Enser die Schriftführung übernimmt. Als Beisitzer wurden Mareen Backhaus, Bastian Bratke, Benedikt Drempeic sowie

Frederic Knopf gewählt. CSU-Kreisvorsitzender Dr. Michael Au gratulierte dem neuen JU-Kreisvorstand und wies auf die Bedeutung der JU für die CSU hin. Die JU sei für ihn „die Speerspitze der CSU und zugleich auch ihr Stachel im Fleisch.“

Der einstimmig gewählte Vorsitzende bedankte sich beim bisherigen Vorstand und den Anwesenden für das Vertrauen und stellte seine Pläne für die nächsten zwei Jahre vor. Zum einen die Digitalisierung der JU. „Jugendliche erreichen wir heute nur noch über Facebook und eine App. Wenn ich zehn Mal am Tag auf Facebook schaue und dabei Artikel von der JU lese, interessiere ich mich eher für Politik, als wenn ich nie etwas davon mitbekomme“, so Otte. Ein weiteres Ziel ist die bessere Zusammenarbeit mit der JU-Fürthland und der JU-Nürnberg. Otte



v.l.n.r.: Kirsten Otte, Sven Thalmann, Mareen Backhaus, Björn-Hendrik Otte, Kreisvorsitzender Dr. Michael Au, Michael Arnold, Wahlleiter Günter Kahl, Anja Veitz, Frederic Knopf, Tim Metzler, Victoria Bockisch. Foto: RM

Impressum der Sonderbeilage:

V.i.S.d.P.: CSU-Kreisverband Fürth-Stadt
Kurgartenstr. 37, 90762 Fürth
Tel. 0911 / 740 72 30

Redaktion: Nadine Kämmerer
Layout: Nadine Kämmerer, Ronald Morawski

Unterstützung für bauliche Erweiterung der Universität im Südstadtpark CSU-Fraktion fordert: „Stadtspitze muss umfassend und rechtzeitig informieren!“

„Wir stehen hinter der Universität der Diakonie in Fürth und unterstützen die nötige bauliche Erweiterung, denn sie trägt zur Stärkung und Bestandssicherung dieser Bildungseinrichtung bei“, betont Fraktionsvorsitzender Dietmar Helm. Die bauliche Veränderung sei eine Bestätigung für die hervorragende Arbeit der Bildungseinrichtung und den Standort Fürth. „Es kann aber nicht sein, dass die Stadträte detaillierte Informationen über derart wichtige Entscheidungen aus der Presse erhalten“, kritisiert Helm. „Wir Stadträte haben den Auftrag, die Geschicke der Stadt nachhaltig und sinnvoll zu lenken. Das ist aber nur möglich, wenn wir von der Stadtspitze auch die nötigen Informationen mit einer gewissen Vorlaufzeit erhalten, um bürgerfreundlich entscheiden zu können. Das war hier, wie leider schon häufiger, nicht der Fall“, so der Fraktionschef. Es könne nicht sein, dass der Presseartikel umfassender informiere, als die den Stadträten bisher vorgelegte Beschlussvorlage im Bau- und Werkausschuss. „Für uns sind viele Fragen

offen geblieben, weshalb wir im Bauausschuss eine Anfrage gestellt haben.“ Das Vorhaben sei erst Ende Januar ausschließlich den Stadträten, die dem Baukunstbeirat angehören, vorgebracht worden. Die Stadträte, die nicht der SPD angehören, hätten ihre Informationen aus den Fürther Nachrichten vom 2. Februar erhalten und am 5. Februar in verkürzter Form als Vorlage für die Mitglieder des Bau- und Werkausschusses.



Foto: RM

„Dieses Vorgehen ist verantwortungslos und nicht fair“, so Helm. Bei einer derartigen Vorgehensweise würden sinnvolle Projekte ohne jede Not zum Gegenstand politischer Diskussionen. Die sachliche Auseinandersetzung werde so vorsätzlich erschwert. Die Fraktion fordert deshalb Aufklärung darüber, welche konkreten Zusagen es durch die Stadt Fürth für eine bauliche Erweiterung der Universität gibt, welche alternativen Standorte in welchem Zeitraum geprüft wurden und welches Zeitfenster geplant ist. „Wir werden uns nachdrücklich dafür einsetzen, den Hochschulstandort Fürth zu sichern und die Bildungseinrichtung zu unterstützen“, betont Helm. „Wir werden aber auch unserem Wählerauftrag nachkommen, uns sorgfältig informieren und erst dann eine Entscheidung fällen. Es liegt jetzt am Oberbürgermeister dafür zu sorgen, dass wir die nötigen Informationen, aber auch ausreichend Zeit zur Überprüfung erhalten. Nur so können wir die für alle bestmögliche Lösung erreichen.“
DH, NK

Bundesminister Schmidt: „Mit hochwertigen Produkten und Qualität die positiven Trends auf dem Biomarkt nutzen“

Anlässlich der Weltleitmesse des ökologischen Landbaus, der Biofach in Nürnberg, die im Februar stattfand, hat Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt die Potenziale der Branche aufgezeigt und eine klare Richtung für die Zukunft vorgegeben. „Der Umsatz und die Nachfrage steigen im Ökolandbau kontinuierlich an. Dahinter steckt ein enormes Potenzial für die deutsche und europäische Landwirtschaft. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dieses Potenzial auszuschöpfen – aus wirtschaftlichem Interesse, aber vor allem auch im Interesse eines nachhaltigen Umgangs mit unseren Ressourcen. Der ökologische Landbau soll auch in Zukunft erfolgreich sein und kann dabei auf meine Unterstüt-

zung zählen. Ich kämpfe für attraktive Rahmenbedingungen und werde die Branche dabei unterstützen, einen konkreten Zukunftsplan zu erarbeiten“, sagte Schmidt.

„In Deutschland drängt sich die Frage auf, wie wir die stetig steigende Nachfrage decken und mehr heimische Bioprodukte auf den Markt bringen können. Und dies mit fairem Wettbewerb: Denn mit hochwertigen Produkten und guter Qualität lassen sich die positiven Trends auf dem Markt langfristig am besten nutzen. Deshalb arbeiten wir intensiv an einem Ordnungsrahmen, der fairen Wettbewerb auf europäischer und auf globaler Ebene garantiert. Nur so sichern wir

unser hohes Qualitätsniveau und das Vertrauen der Verbraucher“, betonte Schmidt.



Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt auf der Biofach.
Foto: NürnbergMesse

Der missglückte „Befreiungsschlag“ Ein Kommentar von Dietmar Helm

Januar 2014, drei Monate vor der Kommunalwahl. Den amtierenden Oberbürgermeister Dr. Jung quält die Sorge, er könne möglicherweise sein Traumergebnis von 2008 (ca. 80 %) nicht mehr halten. Außerdem wird seine Laune getrübt durch ständige Vorwürfe linker Organisationen und Umweltgruppen, er betreibe, obwohl Sozialdemokrat, eine Politik der übertriebenen Investorennahe, lasse Grünflächen zugunsten von Bauvorhaben opfern und setze sich für den Bau eines Ludwig-Erhard-Hauses ein, er sei wohl gar nicht „richtig“ sozialdemokratisch. Das schmerzt, ein Befreiungsschlag muss her. Er muss die Linken zufrieden stellen (wegen der politischen Stimmung), es darf nichts kosten (wegen der riesigen städtischen Schuldenlast) und sollte auch keinem richtig weh tun (wegen Wiederwahl). Eine typisch Jungsche Gewinnsituation – allen alles versprechen. Da kam das Thema „Wohnungsnot“ genau richtig. Man könnte doch die Wohnungsnot sozusagen per Satzung verbieten. Natürlich geht das nicht, aber man kann eine sog. „Zweckentfremdungssatzung“ erlassen. Das darf eine Kommune. Damit werden Hausbesitzer bestraft, die grundlos Wohnraum über lange Zeit leer stehen lassen oder ohne Genehmigung in Geschäftsräume verwandeln. Klingt

aus linksbürokratischer Sicht ganz nett, ist aber im praktischen Vollzug völliger Blödsinn, denn der OB wünschte ja gar keinen richtigen Vollzug, d.h. Kontrolle und Ahndung. Vielmehr, so Jung in der Diskussion, baue man auf die „Aufmerksamkeit der Bürger“, die Verstöße melden würden – Denunziation als Mittel städtischer Ordnungspolitik. Die Landeshauptstadt München hat eine solche Satzung. Zumindest noch vor einem Jahr hieß es, dass noch kein einziges Bußgeldverfahren gegen einen Wohnraumsünder eingeleitet worden wäre, da die Möglichkeiten, sich herauszureden oder sich zu entschuldigen, nahezu unendlich sind. Aus dem gleichen Grund haben Städte wie Nürnberg und Erlangen (beide SPD-regiert) von einer solchen Satzung Abstand genommen. Die Mahnungen waren unüberhörbar: Die CSU lief Sturm gegen das ihrer Meinung nach bürokratische freiheitsfeindliche Monstrum, das zudem rechtlich auf wackligen Füßen stünde. Die Verwaltung selbst argumentierte mehr als distanziert, da ihrer Meinung nach bei 2-3 % Leerstand von einer echten Wohnungsnot nicht geredet werden könne. Die einzigen, die sich kurzfristig glücklich wähnten, waren diverse linke Gruppierungen.

Nunmehr war Herbst 2014, die Wahl vorbei. Die Satzung war immer noch nicht erlassen. Dann meldete sich die Wohnungswirtschaft, u.a. die

städtische WBG, und erklärte dem staunenden OB, wie locker man dieses Verbot umgehen könne, was dies andererseits, wenn man es nicht umgehe, an Gängelung und Bevormundung gerade für diejenigen bedeute, die Wohnraum schaffen würden. Selbst die Grünen schlugen sich auf Seiten der Kritiker und rechneten Jung die Umgehungsmöglichkeiten vor. Es kam dann so, wie es meistens bei OB Dr. Jung kommt: er knickte ein. Ohne schriftliche Vorlage gab er so nebenbei (in der Hoffnung, es merkt keiner) in einer Ausschusssitzung bekannt, dass das Vorhaben „Zweckentfremdungssatzung“ nicht mehr weiterverfolgt würde. Nach einigen Wochen Schockstarre toben nun die Linken wieder und fordern die Wiederaufnahme des Satzungsverfahrens. Ihnen schlossen sich (erstaunlicherweise) auch die Grünen an. Der OB aber will von seinen alten Versprechungen nichts mehr wissen und hofft, dass die für ihn peinliche Angelegenheit möglichst rasch vergessen wird.

Die CSU, die diese Zweckentfremdungssatzung von Anfang an politisch bekämpft hat, begrüßt die (unfreiwillige) Rückkehr zur Vernunft bei der Stadtspitze und wird auch weiterhin ihrem Kurs „mehr Freiheit, weniger Bürokratie“ treu bleiben.

